

Italien als Vorbild für Österreich? „Berufsständische Ordnung“ und „Corporativismo“

LOTHAR HÖBELT

Universität Wien

1. 1922: Zweierlei Gegenrevolution

Die Beziehungen zwischen Österreich und Italien in der Zwischenkriegszeit waren von einer kuriosen Hassliebe gekennzeichnet, einem Amalgam gegensätzlicher und doch vielfach wiederum paralleler Haltungen und Einstellungen. Die Gegensätze waren offenkundig. Die Motive des italienischen Kriegseintritts wurden in Österreich verständlicherweise selten richtig gewürdigt (bis heute!), im Vordergrund stand die Empörung, die Franz Joseph im Mai 1915 in die Worte fasste: „Ein Treubruch sondergleichen“¹. Der Erste Weltkrieg war für das alte Österreich immer mehr zu einem Duell mit Italien geworden: Im letzten Kriegsjahr, nach dem Frieden von Brest-Litowsk, standen fast alle kampfbereiten Verbände Österreich-Ungarns an der Südwestfront, an der Piave, den Alpen – oder auch in Albanien, wo die Österreicher im August 1918 die letzte Offensive der Mittelmächte in Europa starteten, die Schlacht von Vieri-Berat. Die näheren Umstände des Waffenstillstands von Villa Giusti und der Gefangennahme von 400.000 Österreichern am 3./4. November 1918 sorgten noch lange Zeit für erbitterte Polemiken².

Diese Ausgangsbasis bot auf den ersten Blick alles andere als ideale Voraussetzungen für gute Beziehungen in der Nachkriegszeit, selbst wenn

1 Lothar HÖBELT, „Stehen oder fallen?“ Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg (Wien 2015) 27 f.

2 Dazu Bruno WAGNER, Der Waffenstillstand von Villa Giusti (Diss. Wien 1970).

der deutschösterreichische Rumpfstaat sich ausdrücklich nicht als Nachfolger der k.u.k. Monarchie sehen wollte. Staatskanzler Karl Renner sprach in den Umsturztagen bezeichnenderweise davon: „Man möchte uns zwingen in einem Verband mit Österreich zu bleiben“³. Gemeint war damit natürlich das alte Österreich, der Vielvölkerstaat. Diese Gemeinsamkeit sei angesichts der feindseligen Haltung insbesondere der Tschechoslowakei leider nicht mehr aufrecht zu erhalten oder neu zu begründen, argumentierte Renner. Als Alternative bleibe nur der Anschluss an das Deutsche Reich⁴. Doch dieser Anschluss wurde nicht bloß untersagt, auch das Deutsche Reich selbst verhielt sich in dieser Beziehung äußerst zurückhaltend. Es wollte sich die Option auf einen Anschluss Österreichs zu einem späteren Zeitpunkt selbstverständlich offen halten, scheute zunächst aber vor allen Schritten in dieser Richtung zurück: Die Prioritäten der Berliner Politik lagen anderswo: Im Rheinland, beim polnischen Korridor, bei den Reparationen. Jegliche Debatte über den Anschluss konnte die deutsche Position in all diesen Fragen nur gefährden⁵.

Wenn Österreich für seine Anliegen hier et nunc Unterstützung bei den Großmächten suchte, blieb ihm daher nur die Wahl zwischen den Mitgliedern der siegreichen Entente. Die angelsächsischen Mächte galten als freundlich, auch wenn sich die Österreicher in dieser Beziehung vielleicht manchen Illusionen hingaben⁶. Vor allem aber: Sie waren „zu weit vom Schuss“ und zeigten sich an mitteleuropäischen Fragen nur am Rande interessiert, oder zumindest nicht interessiert genug, um deshalb einen Konflikt mit ihren Bündnispartnern zu riskieren. De facto handelte es sich für die Wiener Politik in allen wesentlichen Fragen daher allein um eine Wahl zwischen Frankreich und Italien. Teile der Christlichsozialen Partei setzten auf Frankreich, insbesondere die Tiroler, die alles tun wollten, um den Verlust Südtirols vielleicht

3 Der Österreichische Staatsrat. Die Protokolle des Vollzugsausschusses, des Österreichischen Staatsrates und der geschäftsführenden Staatsratsdirektion 21. Okt. 1918 bis 14. März 1919, Bd. 1 hrsg. von Gertrude ENDERLE-BURCEL, Hanns HAAS, Peter MÄHNER (Wien 2008) 350 (11.11.1918).

4 Ebd. 282 f., 294 (8.11.1918).

5 Zur deutschen Außenpolitik vgl. Hans-Christof KRAUS, Versailles und die Folgen. Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919–1933 (Berlin 2013).

6 Dem christlichsozialen Klub schwärmte Renner z.B. im April 1919 vor: „England und Amerika über unsere Politik erfreut. England gibt [sich] besondere Mühe, uns zu verpflegen. Von England und Amerika und It[alien] niemals politische Bedingungen. England nicht das geringste einzuwenden gegen den Anschluss, da süddeutsches Interesse stärker wird, das kontin[ental] und nicht maritim orientiert.“ Christlichsoziale Partei, Klubprotokolle 3.4.1919.

doch noch aufzuhalten. Die Absprachen vom März 1919, als Frankreich die Brennergrenze garantierte und Italien dafür dem Anschlussverbot zustimmte, ließ diese Hoffnungen jedoch bald illusorisch erscheinen⁷.

Als möglicher Rückhalt der Österreicher in ihren Konflikten mit den Nachbarn blieb letztendlich nur Italien übrig, das sich als aktiver Gegenpol zur französischen Politik und zur Kleinen Entente herauskristallisierte. Insbesondere der Gegensatz zu Jugoslawien wirkte hier verbindend. Italien half den Österreichern 1919/20 durch sein Eingreifen in Kärnten⁸ und es vermittelte im Konflikt um Deutsch-Westungarn (Burgenland) 1921/22, sodass es Österreich erspart blieb, auf das Bündnisangebot Masaryks zurückzukommen und die Hilfe der Kleinen Entente in Anspruch zu nehmen⁹. Auch bei der Mobilisierung der westlichen Öffentlichkeit im Vorfeld der Genfer Anleihe im Sommer 1922 spielte Italien im österreichischen Sinne eine sehr konstruktive Rolle, als es auf das *Gambit* Bundeskanzler Seipels mit der Zoll- und Währungsunion zumindest soweit einging, als es den Plänen des Monsignore entsprach, um eine Drohkulisse aufzubauen und Frankreich zu seinem Engagement zu überreden¹⁰.

Innenpolitisch war insofern eine gewisse Parallele gegeben, als Österreich und Italien in den ersten zwei Jahren nach dem Krieg beide ihre Version des *biennio rosso* durchmachten. Im Gegensatz zu den Siegermächten im Westen, wo sich die triumphale Stimmung 1918/19 in Wahlsiegen der Rechten niederschlug, der *Chambre horizon blue* bzw. den *Coupon Elections*, ging

7 Der Christlichsoziale Obmann Johann Nepomuk Hauser erhob sich hingegen olympisch über die Argumente seiner Kollegen, die entweder auf Frankreich oder auf Italien setzten, wenn er erklärte: „Größere Verbrecherorganisation als die Entente gibt es nicht.“ Wien, Karl von Vogelsang Institut (KvVI), Christlichsoziale Partei (CSP) 20, Klub 6.5.1919; vgl. auch Richard SCHÖBER, *Die Tiroler Frage auf der Friedenskonferenz von Saint Germain* (Innsbruck 1982).

8 Vgl. Claudia FRÄSS-EHRFELD, *Geschichte Kärntens 1918–1920. Abwehrkampf – Volksabstimmung – Identitätssuche* (Klagenfurt 2000) 120 ff.

9 Außenpolitische Dokumente Österreich (ADÖ), Bd. 4 (Wien 1998) 136, 150; Rainer HUBERT, Schober. „Arbeitermörder“ und „Hort der Republik“ (Wien 1990) 111 ff.; Michael HEMZA, *Von Deutsch-Westungarn zum Burgenland* (Diplomarbeit Wien 2018).

10 Gottfried LADNER, Seipel als Überwinder der Staatskrise vom Sommer 1922. Zur Geschichte der Entstehung der Genfer Protokolle (Wien 1964); Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller, hrsg. von Jürgen NAUTZ (Wien 1990); zu Seipel unlängst auch die wichtigen Beiträge von Jürgen STEINMAIR, *Der Priesterpolitiker Ignaz Seipel und der Heilige Stuhl. Ein Konflikt der Loyalitäten?* (Diss. Wien 2012); Walter IBER, *Sotto il fascino del politico sacerdote. Il partito cristiano-sociale nella prima Repubblica austriaca*, in: *Römische Historische Mitteilungen* 52 (2010) 303–322.

die Unzufriedenheit mit der *vittoria mutilata*¹¹ in Italien mit einer regionalen Machtergreifung der Linken einher, während sich in Österreich nach dem Zusammenbruch der alten Ordnungskräfte eine „Große Koalition“ etablierte, unter Führung der Sozialdemokratie, die jegliche revolutionäre Perspektive zwar als unrealistisch verwarf, den Druck der Straße und der Räterepubliken in der Nachbarschaft aber weidlich dazu ausnützte, um der bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung weitreichende Zugeständnisse abzupressen. Ein Gewerkschaftsführer, Franz Domes, der Obmann der mächtigen Metallarbeiter, wischte Bedenken des christlichsozialen Koalitionspartners einfach mit der Bemerkung beiseite: *Geben Sie sich keine Mühe, wir machen, was wir wollen.*¹²

Im Oktober 1922 kam es dann sowohl in Österreich als auch in Italien zu einer „Gegenrevolution“, in ganz unterschiedlicher Form allerdings: In Italien setzte Mussolini den *marcia su Roma* in Szene und wurde mit der Ernennung zum Ministerpräsidenten belohnt. In Österreich mobilisierte Bundeskanzler Ignaz Seipel die Geldgeber im Westen, um die Geländegewinne der Linken in den Umbruchsjahren rückgängig zu machen. Sein großer Gegenspieler Otto Bauer, der führende Kopf der österreichischen Sozialdemokraten, schrieb zähneknirschend: *Das Gleichgewicht der Klassenkräfte war in dem Moment aufgehoben, als sich die Staatsgewalt unter den Schutz des Auslands flüchtete.* Diese Anklage war freilich mit einem Kompliment an seinen Gegenspieler verbunden: *So waghalsig Seipels Spiel gewesen war, sein Ziel war erreicht. [...] Der 4. Oktober 1922 [als die Genfer Protokolle unterzeichnet wurden], war Seipels Revanche für den 12. November 1918 [als in Wien der Beschluss über die Republik verkündet worden war].*¹³

Freilich, es war diessseits und jenseits des Brenner eine ganz andere Dynamik am Werk. Um es in den Termini des Kalten Krieges auszudrücken: Die „Österreichische Gegenrevolution“ lief auf ein *Containment* der Linken hinaus, die Machtergreifung der Faschisten auf ein *Rollback*. In Italien folgte 1924–1926 der Durchbruch zur Diktatur und zu einem Ein-Parteien-Re-

11 Auch in dieser Beziehung wird oft vergessen, dass Italien tatsächlich um Ansprüche aus dem Londoner Vertrag geprellt wurde – und den impliziten Anspruch auf Albanien.

12 KvVI, CSP 20, Klubsitzung 2.5.1919; vgl. dazu Lothar HÖBELT, Die Erste Republik Österreich (1918–1938). Das Provisorium (Wien 2018) 130 ff.

13 OTTO BAUER, Die Österreichische Revolution, in: Werkausgabe, Bd. 2 (Wien 1976) 831, 837.

gime, in Österreich rangen Seipel und seine „Sanierungspartnerschaft“ mit den Mühen der Ebene. Sie hatten gegen den Widerstand der Länder und der Beamten die unpopulären Sparmaßnahmen umzusetzen, die mit dem Genfer Protokoll verbunden waren. Die Sozialdemokratie aber beanspruchte auch als nunmehrige Oppositionspartei weiterhin ein Vetorecht in allen ihr wesentlich erscheinenden Fragen, das sie ganz offen mit dem Instrumentarium der parlamentarischen Obstruktion durchsetzte¹⁴.

Darüber hinaus verteidigte die österreichische Sozialdemokratie mit Zähnen und Klauen das Prinzip der „Einheit der Arbeiterklasse“, nach links wie nach rechts. Der Erfolg dieser Strategie ließ sich daran ablesen, dass es gelang, die Kommunisten auf den Status einer einflusslosen Sekte zu reduzieren, die bei Wahlen nicht einmal 1 % der Stimmen erhielt. Sie war nach der anderen Richtung aber auch kaum bereit, den christlichen oder nationalen Richtungsgewerkschaften eine Existenzberechtigung zuzugestehen. Die außerparlamentarische Stellung der Sozialdemokratie, mit ihrem mächtigen Gewerkschaftsapparat, der weitgehend auf dem Prinzip des *closed shop* bestand und die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer ad absurdum zu führen drohte, blieb auch in der Opposition weiterhin bestehen. Das in den Anfangsjahren der Republik sozialdemokratisch dominierte Berufsheer („Volkswehr“) wurde ab Mitte der zwanziger Jahre unter der Regie des langjährigen christlichsozialen Heeresminister Vaugoin zunehmend „umpolitisiert“, aber die Sozialdemokratie schuf sich mit dem „Republikanischen Schutzbund“ ab 1923 eine Parteiarmee, die zumindest zahlenmäßig dem Bundesheer überlegen war – wenn es sich dabei auch um „Wochenend-Soldaten“ handelte, ohne schwere Waffen¹⁵.

Auch auf der Rechten hatten sich Wehrverbände gebildet, die in den ersten Jahren eine Mehrzweckfunktion innehatten, gegen auswärtige Feinde, plündernde Soldaten und Übergriffe der Arbeiterräte. Nach 1922 traten diese

14 Lothar HÖBELT, Die Erste Republik Österreich 178 f., 188 f., vgl. auch Lothar HÖBELT, *Parliamentarism in Austria in the Interwar Period*, in: *Parliamentarism and Political Structures in East-Central and Southeastern Europe during the Interwar Period*, hrsg. von Hans-Christian MANER, Sorin RADU (= *Studia Universitatis Cibiniensis, Series Historica* 9, Sibiu 2012) 13–29.

15 Zum Schutzbund vgl. die drei Dissertationen: Christine VLCEK, *Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation* (Wien 1971); Finbarr McLOUGHLIN, *Der Republikanische Schutzbund und gewalttätige Auseinandersetzungen in Österreich 1923 bis 1934* (Wien 1990); Otto NADERER, „Ausrückender Stand 16.728!“ *Der Republikanische Schutzbund und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg* (Salzburg 2003).

„Heimwehren“ zunächst in den Hintergrund und wurden von den bürgerlichen Parteien im lokalen Rahmen domestiziert. Doch ab Mitte der zwanziger Jahre versuchten sie sich von den Parteien zu emanzipieren und auf eigene Faust Politik zu machen¹⁶. Die starke Stellung der Sozialdemokratie und die Aktivitäten des Schutzbundes, der seine Aufmärsche mit Vorliebe in gegnerischen Hochburgen durchführte, ließ das Vorbild Mussolinis als antimarxistischer Leuchtturm für sie äußerst attraktiv erscheinen. Nach den Wahlen des April 1927, die keineswegs mit der erhofften „antimarxistischen“ Zwei-Drittel-Mehrheit endeten, sondern mit einem Wachstum der Sozialdemokraten auf immerhin 42 % der Stimmen, waren hier Äußerungen zu vernehmen, die offen mit einem Staatsstreich kokettierten. Die Unruhen des Juli 1927 (Justizpalastbrand) ließen die Heimwehren dann auch für die bürgerlichen Parteien wieder zu einem attraktiven Partner werden. Bundeskanzler Seipel peilte eine Konstellation an, ähnlich wie in den Umsturztagen, bloß mit verkehrten Vorzeichen: Diesmal sollten die paramilitärischen Verbände der Rechten die parlamentarische Sperrminorität der Linken zum Rückzug zwingen¹⁷.

Auf politischer Ebene fanden Mussolini und die Heimwehren im Laufe des folgenden Jahres nach anfänglicher Skepsis rasch zueinander. Zwar hatten italienische Diplomaten vor allem wegen der Südtirolfrage immer davon gewarnt, die österreichischen Wehrverbände zu unterstützen; doch der Führer der Heimwehren in den zwanziger Jahren, Richard Steidle, obwohl selbst in Meran geboren, schwor jeglichem Südtirol-Irredentismus ab. Bei Gelegenheit riet er seinen Leuten, über drei Dinge solle man in der Öffentlichkeit besser nicht reden: Über Südtirol, die Monarchie und die Juden¹⁸. Ungarn und sein Ministerpräsident Graf Istvan Bethlen fungierten als Geburtshelfer der Allianz mit den paramilitärischen Verbänden in Österreich. Den außenpolitischen Hintergrund bildeten die Spannungen zwischen Rom

16 Lothar HÖBELT, Die Heimwehren 1927–1929: Die Steiermark und der Bund, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 104 (2013) 219–263.

17 Lothar HÖBELT, Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927–1936. Vom politischen „Kettenhund“ zum „Austro-Fascismus“ (Graz 2016) 22 ff., 39 ff.; Walter WILTSCHEGG, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? (Wien 1985).

18 Documenti Diplomatici Italiani (DDI) (Roma 1952–) VII/7, 90 (20.11.1928); HÖBELT, Heimwehren 55 f.

und Belgrad, die ab 1926/27 an Brisanz gewonnen hatten¹⁹. Um ein Bündnis zwischen Italien und Ungarn zu komplettieren, war Österreich schon rein geographisch ganz offensichtlich das *missing link*.

Die Heimwehren kamen ab Sommer 1928 deshalb in den Genuss von Subsidien aus Italien. Ziel war, eine befreundete Rechtsregierung in Österreich an die Macht zu bringen. Denn Kanzler Seipel, dem mysteriösen *mastermind* der Ersten Republik, der sich nicht in die Karten schauen ließ, wollte man in Rom nicht so recht trauen. In Österreich schwärmten viele von einer Kopie des *marcia su Roma*, ohne freilich das Original genügend studiert zu haben. Denn der *marcia su Roma* war ja kein gewöhnlicher Staatsstreich, sondern eine Massendemonstration, gerichtet an die Adresse der monarchischen Exekutive. Für ein solches Vorgehen fehlten in Österreich der Ansprechpartner und die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen. Ein Putsch gegen die amtierende Regierung aber versprach kaum Aussichten auf Erfolg. Mussolini riet immer wieder dazu, die Sozialisten zu provozieren – um im Gegenschlag dann, zusammen mit den Kräften der Exekutive, auch die demokratische Ordnung aus dem Sattel heben zu können. Doch die Sozialdemokratie durchschaute diese Absichten – und verhielt sich bis zum Vorabend des 12. Februar 1934 dementsprechend.

Die Investitionen Mussolinis in die Heimwehren warfen deshalb lange keine entsprechende politische Rendite ab. Zwar kam 1929 eine Verfassungsnovelle zustande, doch immer noch in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Die Heimwehr sah sich in ihren Erwartungen auf einen Bruch mit der Linken enttäuscht. 1930 wurde der neue Chef der Heimwehren, Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg, für einige Wochen zum Vizekanzler einer Minderheitsregierung berufen, die jedoch prompt abgewählt wurde. Unausgegrenzte Putschpläne von Teilen der Heimwehr sorgten bei ihren Geldgebern für Irritation: Ein ungarischer Diplomat wurde nach Österreich entsandt, um die undisziplinierten Schützlinge zur Ordnung zu rufen²⁰. 1931 spaltete sich die Heimwehrebewegung, erst im Frühjahr 1932 gelangte sie wiederum an

19 Luciano MONZALI, *Gli Italiani di Dalmazia e le relazioni italo-jugoslave nel Novecento* (Venezia 2015) 278–280; Massimo BUCARELLI, *Mussolini e la Jugoslavia (1922–1939)* (Bari 2006) 337 ff.; Lajos KERÉKES, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr* (Wien 1966).

20 HÖBELT, *Heimwehren* 156 ff.

die Regierung, als parlamentarischer Mehrheitsbeschaffer, weil ihre Handvoll Mandate gerade ausreichte, das Minderheitskabinett von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß vor einem Misstrauensvotum zu bewahren²¹.

2. Die „berufsständische Ordnung“

Soweit der machtpolitische Hintergrund. Wie stand es um die inhaltliche Konvergenz, um die Ausstrahlungskraft des Faschismus? Die Diplomaten zeigten sich in dieser Beziehung in der Regel skeptisch: So war z.B. Außenminister Dino Grandi ein prinzipieller Gegner ideologischer Allianzen in außenpolitischen Fragen und machte sich über die *fantasmi e fantocci* lustig, die sich um Mussolini als *Papa dell'antidemocrazia* sammelten²². Giacinto Auriti, der langjährige Gesandte in Wien, hatte schon 1928 betont: *Was den Faschismus betrifft, so ist es allgemein bekannt, dass in diesem Land niemand den Kern begriffen hat; für die Gegner und die selbst ernannten Bewunderer ist es nicht mehr als ein „reaktionäres“ Regime; das Integral entgeht ihnen völlig.*²³ 1931 berichtete dann der Innsbrucker Konsul über eine Heimwehrekundgebung, die meisten Teilnehmer seien für den Faschismus, doch ohne zu wissen, was er ist – auch wenn im Zeichen der Wirtschaftskrise diesmal mehr die gesellschaftspolitische Komponente im Vordergrund stand: *Sie betrachteten es als eine Möglichkeit für einen Ausgleich zwischen Reichen und Armen.*²⁴

21 Üblicherweise ist in der Literatur von der einen knappen Mehrheit von bloß einer Stimme die Rede; de facto handelte es sich beim Kabinett Dollfuß jedoch um eine Minderheitsregierung, die nur mit 80 bis 82 von 165 Abgeordneten rechnen konnte. Von den Mandatären des Heimatblocks stimmten sechs mit der Regierung, zwei mit der Opposition. Görings Schwager Hueber legte sein Mandat zurück – und ermöglichte dadurch der Regierung das Überleben; vgl. HÖBELT, Provisorium 269 ff.

22 Vgl. Paolo NELLO, Dino Grandi (Bologna 2003) 7, 92 f., 101. Das Tagebuch Grandis (Archivio Storico del Ministero degli Affari Esteri (ASMAE) Carte Grandi, busta 16) enthält für seinen Wien-Besuch nur Reflexionen über den Untergang des Habsburgerreiches, keine Details über seine Kontakte in Wien. Mussolini begann seine frühere Auffassung, der Faschismus sei kein Exportartikel, allerdings gerade in den Jahren 1930–32 im Sinne eines „universellen“ Auftrages zu modifizieren (Renzo DE FELICE, Mussolini il duce I, Gli anni del consenso, 1929–1936 (Torino 1974) 307 ff.).

23 DDI VII/6, 249 (26.4.1928). (Übers. d. Verf.)

24 ASMAE, Rappresentanze diplomatiche, Vienna 1862–1938, busta 306, F 2 (Heimwehren), Bericht vom 24.2.1931. (Übers. d. Verf.)

Natürlich: Die Heimwehren waren gegen den Marxismus und gegen den Klassenkampf, für eine Stärkung der staatlichen Exekutive. Doch der Heimwehrebewegung fehlten – zum Unterschied von Mussolinis Faschisten – die Wurzeln von links, der Rückhalt bei den Massen. Die Heimwehrebewegung vermochte eine Zeitlang die Fronten des Kulturkampfes zu transzendieren, Klerikale und Freisinnige im Kampf gegen die Linke zu sammeln, aber die Fronten des Klassenkampfes aufzubrechen blieb ihr verwehrt. Ihre Führer mochten noch so oft ihr soziales Gewissen betonen, aber sie galten doch in erster Linie als Sprachrohr der alten Eliten, die mit dem Umsturz von 1918 ihre führende Stellung eingebüßt hatten. Die Heimwehren waren eben keine wirkliche nationalrevolutionäre Volksbewegung, die in der Lage gewesen wäre, den Marxisten auch unter den Arbeitern mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten.

Es gab im Einzugsbereich der Heimwehren freilich eine Strömung, die zumindest auf den ersten Blick große Gemeinsamkeiten mit dem italienischen Faschismus aufwies, nämlich der Kreis um Othmar Spann und seine Lehre von der „berufsständischen Ordnung“²⁵. Ja, Spann war Mussolini in dieser Beziehung sogar um einiges voraus: Er hatte mit seinen Vorlesungen über den „wahren Staat“ schon 1920 begonnen. Spann avancierte an der Universität Wien zur Kultfigur, seine Vorlesungen waren ein Publikumsmagnet. Seine Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus traf einen Nerv, ein dringendes Bedürfnis von Antimarxisten ohne Kapital. Dabei sah Spann sich keineswegs als Synthese der bisherigen Weltanschauungen, sondern als deren konsequente Fortentwicklung: Der Marxismus war für ihn bloß „gewendeter Liberalismus“, erst der Korporativismus brachte seiner Meinung nach den Durchbruch zu einer neuen Sicht der Gesellschaft. Der Bolschewismus erschien ihm dabei übrigens bereits als ein gewisser Fortschritt im Sinne einer Überwindung der rein materialistischen Lehre Marx', denn darin „liegt ein Stück Tolstoi, ein öffentliches Bekenntnis

25 Vgl. Martin SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservativismus der Weimarer Republik (= Kieler Historische Studien 12, Stuttgart 1970); Sebastian MAASS, Dritter Weg und wahrer Staat. Othmar Spann – Ideengeber der Konservativen Revolution (Kiel 2010).

zur Metaphysik“, auch der „Rätegedanke enthält einen Keim zur ständischen Entwicklung“²⁶.

Spanns Lehre von der Solidarität der Berufsstände versprach ein Rezept zur Überwindung des Klassenkampfes. Der Staat als Motor gesellschaftlicher Umwälzungen sollte dabei jedoch weitgehend ausgeschaltet werden, sondern sich auf die Hoheitsverwaltung beschränken und seine Kompetenzen an die Selbstverwaltung der Stände delegieren. Altösterreichische Konservative, die gegen den „omnipotenten Staat“ polemisierten, hatten schon im neunzehnten Jahrhundert mit Vorliebe auf entsprechende englische Vorbilder verwiesen²⁷. Doch wer waren die Stände, die sich noch dazu „organisch“ entwickeln sollten, in einer „spontanen Ordnung“, möglichst ohne obrigkeitliche Vorgaben? Eine spätere Zeit mochte da an die „Nebenregierung“ der Sozialpartner im Österreich der Jahre nach 1945 denken. Der tschechoslowakische Präsident Edvard Beneš wiederum kommentierte das Bemühen, die Bevölkerung fein säuberlich in Stände zu gliedern, einmal ironisch, *man wolle den Klassenkampf abschaffen, indem man eine große Anzahl neuer Klassen schaffe*²⁸.

Wo waren die Grenzen der Selbstverwaltung, die von Spann ja nicht bloß als Gegenentwurf zum Staatssozialismus gedacht war, sondern auch zum liberal-kapitalistischen Individualismus? Odo Neustädter-Stürmer, einer der ganz wenigen Heimwehrleute, der sich schon seit langem intensiv mit dem Thema beschäftigte, hatte schon Mitte der zwanziger Jahre in diesem korporativen Modell den Übergang zu einer Wirtschaftsform erblickt, die – unter dem Motto „z’sammstreiten statt auseinanderstreiten“ – über die Vertretung der Berufsstände zu einer „Verbands- und Planwirtschaft“ führen würde, anders als es sich die Marxisten vorstellten, aber doch in einem gewissen Gleichklang mit ihren Ideen²⁹. Walter Heinrich, der Schüler Spanns,

26 Othmar SPANN, *Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft* (Jena 31931) 146 f.

27 Christoph THIENEN-ADLERFLYCHT, *Graf Leo Thun-Hohenstein als nachjosephinischer Vorkämpfer eines aufgeklärten Konservativismus*, in: *Konservative Profile* (Graz 2003) 103–168, hier: 153 ff.; Lothar HÖBELT, Johannes KLAWODA, Jiri MALIR (Hrsg.), *Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850–1894*, hrsg. von Ulrich E. ZELLENBERG (Wien 2016).

28 ADÖ IX, 292 (17.1.1934).

29 Österreichischer Bund (18.12.1926). Am 4.12.1927 findet sich auch ein Beitrag über die „Ständeverfassung“ unter Mussolini. Die Wochenzeitung war das Organ der Anhänger des

der sich am meisten um politische Verbindungen bemühte, sorgte 1930 für Aufregung, als er vom „Obereigentum der Gemeinschaft“ sprach – und damit die Aufregung vorwegnahm, die Ugo Spirito zwei Jahre später in Italien mit seiner Forderung nach der *corporazione proprietaria* auslöste³⁰.

Die „Wirtschaft“ reagierte auf derlei Floskeln allergisch. Die Alpine-Montan-Gesellschaft, der größte Industrie- und Bergbaukonzern Österreichs, förderte in seinem Bereich die Heimwehren massiv. Ihr Generaldirektor Anton Apold ließ seinen Schwiegersohn in spe, den Grazer Dozenten Hans Riehl, für das Management der Firma auch tatsächlich Seminare über korporatistische Ideen abhalten. Doch auch er konnte seine Bedenken über die Eingriffe der Gemeinschaft in die Freiheit des Unternehmers nicht unterdrücken. Die letzte Entscheidung in Lohnfragen wollte er keinesfalls einem Schiedsgericht überantworten. Der Hauptverband der Industrie aber ließ den Heimwehren 1930 ausrichten: *Wir raten ab, theoretische Ergüsse des Dr. Heinrich, die ja wissenschaftlich ganz interessant sein mögen, offiziell als Programm zu proklamieren.*³¹

Heinrich war es auch, der sich intensiv mit dem italienischen Modell auseinandersetzte, das er in einer mehrfach aufgelegten Studie der deutschen Leserschaft vorstellte. Heinrich begegnete dem Faschismus zweifellos mit Sympathie, aber auch mit einer gewissen unverkennbaren Herablassung. Insbesondere zwei Aspekte waren Gegenstand seiner Kritik: Heinrich vermisste zum einen die richtige philosophische Grundlage des faschistischen Experiments. Er postulierte: *Das Schicksal hängt von geistiger Grundlegung ab*, doch der Faschismus habe *noch keine zureichende Staatslehre* entwickelt. In dieser Beziehung urteilte er wegwerfend über Giovanni Gentile, der seiner Meinung nach *bloß einen nicht zu seinen Gunsten umgeformten Hegelianismus* vertrat. Giuseppe Bottai und Carlo Costamagna kamen bei Heinrich besser weg, aber auch hier war ihm das etatistische Moment zu stark ausgeprägt, waren für ihn gewisse

„Savonarola von Graz“, des Priesters DDDr. Johannes Ude, der 1927 mit seiner „Antikorruptionsliste“ gegen Seipels Einheitsliste (!) zu den Wahlen antrat.

30 Giordano BRUNO GUERRI, Giuseppe Bottai. Fascista (Milano 1996) 92–97; Guido MELIS, La macchina imperfetta. Immagine e realtà dello Stato fascista (Bologna 2018) 434 ff.; HÖBELT, Heimwehren 72.

31 Tagebuch Anton Apold (Privatbesitz Salzburg) 16.1. & 5.6.1930; Der Österreichische Bund (18.12.1926); SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus 34.

Anklänge an den Staatssozialismus gegeben³². Der Mangel der faschistischen Lehre bestehe eben darin, *der Staat ist ihr die Organisation schlechthin*. Aus der philosophischen Sicht der „Ganzheitslehre“ bedeutete das: Er habe noch nicht *alle Eierschalen des Individualismus abgestreift*. In der ersten Auflage seines Buches, die 1929 erschien, hieß es: Die Syndikate mit *ihrer klassenmäßigen Gegenüberstellung* sind doch noch *Liberalismus auf höherer Ebene*³³.

Heinrich hatte übrigens kein Problem damit, den Begriff „totalitär“ bloß als eine Umschreibung des von Spann geprägten Begriffs „ganzheitlich“ zu vereinnahmen. Doch die Formel, wie sie Mussolini schon in den Anfangsjahren prägte: Nichts gegen den Staat, nichts ohne den Staat, lief der „Ganzheitslehre“ zuwider. Spann hatte – in einem gewissen Gleichklang mit dem „Absterben des Staates“, wie es Marx für den Sozialismus vorhersagte – vielmehr gepredigt, die Stände müsse *etwas vom Staat in sich auffressen*. Der Staat sollte sich nicht mit den Sorgen des Alltags abgeben, sein *wahres Element* sei *das Heroische und das Geistige*. Die ständische Ordnung, wie sie ihm vorschwebte, war ganz eindeutig zur *Entpolitisierung der Massen* gedacht, nicht zur Mobilisierung für die Nation wie bei Mussolini³⁴. Walter Heinrich trug diese Bedenken übrigens auch Mussolini selbst vor. Der Duce ließ sich freilich in keine philosophischen Debatten mit dem Besucher ein und antwortete als praktischer Politiker, in Italien könne man nicht anders verfahren, die Italiener seien für die Selbstverwaltung noch nicht reif. Heinrich trug dieser Aussage in den späteren Auflagen seines Buches mit der Passage Rechnung: Für Übergangszeiten am Wege zum Korporativismus würden natürlich noch zentralistische Formen gebraucht³⁵.

Ein gewisser Schuß an nationaler Überheblichkeit wurde dennoch deutlich, wenn Heinrich fortfuhr, dies sei vor allem bei einem zwar geistig vielseitigen, aber *organisatorisch weniger begabten* Volk verständlich. Seine Schlussfolge-

32 Walter HEINRICH, *Die Staats- und Wirtschaftsauffassung des Faschismus* (Berlin 1929, ³1932) 120, 133.

33 HEINRICH, *Faschismus* 78, 170; 1. Auflage 72.

34 SPANN, *Der wahre Staat* 215, 169; SCHNELLER, *Zwischen Romantik und Faschismus* 45.

35 Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), E/1700:57, Heinrich fol. 17. Bottai teilte diese Kritik Heinrichs, zumindest im Rückblick, wenn er Mussolini vorwarf: *Von der politisch zentralisierten Gewalt und der maximalen Dezentralisation im sozial-ökonomischen Bereich, hat er, der „Capo“ nur den ersten Aspekt realisiert.* (Über. d. Verf.) (GUERRI, Bottai 221).

zung lautete: *Der Faschismus ist eine aus tiefem politischen Instinkt und geschichtlicher Notwendigkeit mehr als aus theoretischer Klarheit geborene Bewegung. Das wahrhaft erlösende Wort sei eben noch nicht gesprochen worden. Es scheint, dass dieses Wort, das eine neue Welt gestaltet, romanisch nicht gesprochen werden kann. Wir glauben, dass es deutsch gesprochen muß.*³⁶ Diese Kritik am Theorie-defizit des Faschismus war und ist freilich nicht auf Heinrich beschränkt³⁷. Die Vorstellung, dass gerade der undogmatische Charakter des Faschismus, Mussolinis *empirismo presuntuoso*³⁸, für seine Erfolge verantwortlich war, und dass umgekehrt jenes organische Wachstum, auf das Spann und Heinrich setzten, ihre Vorstellungen als konkrete Handlungsanweisungen für die Politik inoperabel machten, kam waschechten „Ideologen“ und philosophischen Gemütern nicht in den Sinn.

Denn: Wie immer auch die Wirtschaftsverfassung innerhalb der berufsständischen Ordnung aussehen würde, Spanns Oeuvre bot wenig Anhaltspunkte dafür, wie sein „wahrer Staat“ tatsächlich beschaffen sein sollte. Den Staat als *obersten Stand* sollte ein *Gremium der erlesensten Männer* bilden, die – wiederum ganz organisch – aus den Selbstverwaltungsinstitutionen herauswachsen sollten. Die Idee mochte sich allenfalls mit Reminiszenzen an die Monarchie vertragen, als eine abgehobenen Bürokratie ein Reich verwaltet hatte, ohne sich viel um die Kümernisse der Krämerseelen zu kümmern. Doch die Kombination von unbedingter Autorität und weiser Selbstbeschränkung war zu schön, um wahr zu sein. Schließlich war schon das ursprüngliche Ständewesen der frühen Neuzeit durch die Anforderungen der Außen- und Militärpolitik unterminiert worden. Fazit: Bei allen Meriten informeller Regelungen im kleinen Rahmen, die natürliche Autoritäten zur Geltung kommen ließen, als Muster für eine staatliche Verfassung waren derlei Theorien unbrauchbar.

Eben weil es noch keine organisierten „Stände“ gab, hatte man in der revidierten österreichischen Verfassung von 1929 zwar den „Länder- und Ständerat“ verankert, sich bis auf weiteres aber mit dem bisherigen Bundesrat als provisorischer Zweiter Kammer begnügt. Alt-Bundeskanzler Seipel war

36 HEINRICH, *Faschismus* 137, 165, 182.

37 Janek WASSERMAN, *Black Vienna. The Radical Right in the Red City 1918–1938* (Ithaca 2014) 101.

38 GUERRI, *Bottai* 207.

dann wenige Monate später auf den Punkt zurückgekommen, um den Druck auf die Sozialdemokratie aufrecht zu erhalten, nicht aus Liebe zu den ständischen Theorien, wie er selbst offen eingestand. Seipel sah in ständischen Theorien einen Rammbock gegen das Korsett des Parteienstaates, von ihren Meriten war er keineswegs überzeugt. Tatsächlich hatte er sich schon im Vorjahr bei seiner berühmten Tübinger Rede im Sommer 1929 den Seitenhieb nicht verkneifen können:

*Es müßte schon zu denken geben, dass gerade ganz individualistisch eingestellte, altliberale Parteien heute am eifrigsten mit dem Ständenamen werben gehen.*³⁹

1931 erschien dann die päpstliche Enzyklika *Quadragesimo Anno*, unglückseligerweise gerade in der Woche, als die größte österreichische Bank zusammenbrach, die Creditanstalt. Spanns „Universalisten“ und die Schule der katholischen „Solidaristen“ gerieten sich prompt über die Exegese der Enzyklika in die Haare. Mitarbeiter von Pius XI. wie Oswald Nell-Breuning verwahrten sich später gerne gegen den Vorwurf, aus der Enzyklika lasse sich eine positive Bewertung des faschistischen Korporativismus herauslesen. Das war ganz offensichtlich richtig, nicht etwa, weil die Enzyklika hier besonders klare Worte gefunden hätte, sondern aus dem einfachen Grund, weil es faschistische „Korporationen“ damals noch gar nicht gab – bloß ein Ministerium, das diesen Namen führte, aber *ohne seine tatsächliche Auswirkung, das heißt die Korporationen*⁴⁰. Vorhanden waren bloß die *dreißig Aphorismen* der Carta del Lavoro mit ihrer „syndikalistischen“ Einheitsgewerkschaft, dem Streikverbot und den obligatorischen Schiedsgerichten⁴¹.

39 Reichspost (18.7.1929) 3; Friedrich RENNHOFFER, Ignaz Seipel, Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation (Wien 1978) 655–660; HÖBELT, Heimwehren 105.

40 Gianpasquale SANTOMASSIMO, La terza via fascista. Il mito del corporativismo (Roma 2006) 221.

41 Helmut WOHNOUT, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich (Wien 1993) 48 ff.; Salvatore LUPO, Il fascismo. La politica in un regime totalitario (Roma 2000) 223; Loreto DI NUCCI, Lo Stato-partito del fascismo. Genesi, evoluzione e crisi 1919–1943 (Bologna 2009) 330 ff.; GUERRI, Bottai 79; MELIS, macchina imperfetta 413 ff.

3. Der „Austrofaschismus“

Die Heimwehren distanzieren sich anfangs noch gerne vom Faschismus, weil alles, was seinen Ursprung beim alten Kriegsgegner hatte, in der österreichischen Öffentlichkeit auf eine sehr zwiespältige Aufnahme gefasst sein mußte, nicht bloß auf der Linken, wo sich der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Ellenbogen als Mussolini-Kritiker vom Dienst profilierte. Die Heimwehren sahen sich als gegenrevolutionäre Bewegung, die aufgerufen war, die Heimat vor dem Bolschewismus zu bewahren, ohne sich allzu viel Gedanken über die Ordnung zu machen, die sie an die Stelle der bestehenden, wenig widerstandsfähigen demokratischen Republik zu setzen gedachten. Ein wenig fühlt man sich an die Anekdote aus der Zeit des Kapp-Putsches 1920 erinnert: Als die Marine-Brigade Ehrhardt durchs Brandenburger Tor ins Berliner Regierungsviertel einrückte, soll ihr Anführer zu Kapp gesagt haben: „Nu, Kapp, regieren Se mal!“

Erst als Steidle dann 1929/30 begann, dem Beispiel Mussolinis von 1921 zu folgen, und seine alpine Variante der *squadristi* ebenfalls in eine Partei umzuwandeln, trat für die Heimwehren die Notwendigkeit in den Vordergrund, über den reinen „Antimarxismus“ hinaus mit gewissen programmatischen Grundsätzen an die Öffentlichkeit zu treten. Spann wurde deshalb eingeladen, Seminare für das Führerkorps der Heimwehr abzuhalten. Im September 1929 bewarb sich Spann vergeblich um den Posten des Handelsministers im Kabinett des Polizeipräsidenten Johannes Schober, der im Zuge der Verfassungsreform gekonnt zwischen Heimwehr und Sozialdemokraten finassierte – und von Spann deshalb bald als Verräter abqualifiziert wurde⁴². Heinrich führte eine Zeitlang sogar den Titel eines Generalsekretärs der Bundesführung (mit dem allerdings keinerlei exekutiven Kompetenzen verbunden waren).

Im Mai 1930 wurde ein im Wesentlichen von Heinrich entworfener Text dann im sogenannten „Korneuburger Eid“ als „Richtung und Gesetz der Heimatwehren“ präsentiert. Der programmatische Kern dieses Gelöbnisses lautete:

42 Landespolizeidirektion Wien, Schober-Archiv 22, Tagesnotizen 9.9.1929; ASMAE, Affari Politici, Austria 1919–1930, Pacco 894/I, Bericht des Presseattachés Morreale vom 24.1.1930.

Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird. Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und die liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung. Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen. Wir wollen durch eine bodenstarke und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben.

Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen; seine Macht und Führung wacht darüber, dass die Stände den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen, er kenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer!⁴³

Die berufsständische Ordnung wurde zwar ausdrücklich als „neue deutsche Staatsgesinnung“ ausgemalt, dennoch nahm Steidle in seiner Einleitung explizit Bezug auf das italienische Modell, wenn er vor seinen Kameraden als rhetorische Frage die Alternative ausbreitete: *Wollen Sie sich wie bisher auf den Standpunkt stellen, dass die Heimwehrbewegung nichts ist als der Eintreiber der Parteien oder wollen Sie sich, um ein Schlagwort zu gebrauchen, für das faschistische System erklären? Das ist die klare und einfache Formel.*⁴⁴ Die Berufung auf den Faschismus als bloßes „Schlagwort“ war typisch für die Koketterie, die vom Nimbus Mussolinis profitieren, einer allzu deutlichen Identifikation aber ausweichen wollte. Als Steidles Stabschef, der preußische Major Waldemar Pabst, kurz danach bei der italienischen Gesandtschaft nachfragte, ob das Korneburger Gelöbnis auch tatsächlich als *Akt reiner faschistischer Treue* auf-

43 Walter WILTSCHEGG, Zum ‚Korneburger Gelöbnis‘ der Heimwehren, in: Geschichte und Gegenwart 5 (1986) 139–158.

44 Zitiert nach Heimatschutz-Zeitung (24.5.1930).

gefaßt werde, antwortete Auriti dementsprechend ausweichend: Es sei leichter, konkrete Taten zu beurteilen als Programme⁴⁵.

Im internen Verkehr nahm sich der Gesandte kein Blatt vor den Mund, denn er hatte einen gewissen Einblick in die sehr banalen tagespolitischen Hintergründe, die Steidle zu seinem Gelöbnis bewogen hatten. Das Korneuburger Treffen war ursprünglich anberaumt worden, weil in Niederösterreich eine Bewegung in Gang war, die darauf abzielte, den Landesführer Julius Raab, den späteren Bundeskanzler der fünfziger Jahre, abzuwählen oder abzusetzen. Steidle überrumpelte die Versammlung mit seinem Gelöbnis und machte damit die Intrige gegen Raab zunichte, der als erster das Gelöbnis ableistete – was ihm später oft zum Vorwurf gemacht wurde. Hinter den Gegnern Raabs verbarg sich auch ein Rivale Steidles, der Landesführer des benachbarten Oberösterreich, der junge Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg, der sich von dem Gelöbnis wenig begeistert zeigte. Auriti interpretierte den vermeintlichen *atto di fede* deshalb auch in erster Linie als *tiro mancino* gegen Starhemberg, der – über Vermittlung seiner Mutter, der Fürstin Fanny Starhemberg – kurz darauf das erste Mal bei Mussolini vorsprach. Im September übernahm Starhemberg dann tatsächlich die Bundesführung der Heimwehren⁴⁶.

Starhemberg verfolgte ein ganz anderes Konzept als sein Vorgänger Steidle. Er ließ sich nur widerwillig dazu überreden, im November 1930 mit einer eigenen Liste („Heimatblock“) bei den vorgezogenen Parlamentswahlen zu kandidieren. Die Heimatblock erzielte bloß 6 % der Stimmen – weil ein Teil seiner Anhänger, mit Raab und dem Wiener Emil Fey an der Spitze, auf einer anderen Liste gemeinsam mit den Christlichsozialen antrat. Das Potenzial der Heimwehren mit vielleicht 10 % war damit von der Größenordnung her vergleichbar dem Einzugsbereich der PNF von 1921. Starhemberg war ein ausgesprochener Skeptiker aller Theorien von der berufsständischen Ordnung. In diesem Punkt wurde er sogar von einem seiner oberösterreichischen Gegenspieler zitiert:

45 DDI VII/9, 85 (25.5.), 100 (3.6.1930).

46 HÖBELT, Heimwehren 117, 123, 136; ASMAE Vienna 295, F 2 enthält den Brief der Fürstin vom 26.6.1930 und Mussolinis zustimmende Antwort.

*Wenn ich und Starhemberg zusammenkommen und jemand über ständische Verfassung sprechen hören, lachen wir uns verständnisvoll zu*⁴⁷.

Eine seiner Bedingungen für die Übernahme der Bundesführung war es, dass Spann und Heinrich – der sich für Steidle und dessen Stabschef Pabst exponiert hatte⁴⁸ – in der Heimwehr-Bewegung keine Rolle mehr spielen sollten.

Die Heimwehr unterstützte seit Frühjahr 1932 die Regierung Dollfuß; der alte Berufsoffizier Fey wurde im Oktober als Polizeiminister angelobt. Die Regierung hatte im Parlament keine Mehrheit und mußte sich von Abstimmung zu Abstimmung über die Runden retten. Starhemberg war zusammen mit Mussolini und dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös in diverse Planungen verwickelt, wie man Dollfuß zu einem autoritären Kurswechsel und zu einem eindeutigen Bündnis mit Italien bewegen könnte: *Dollfuß mußte sich öffentlich mit uns kompromittieren*.⁴⁹ Doch all diese Überlegungen erwiesen sich als überflüssig. Die sogenannte „Selbstausschaltung“ des Parlaments, die Geschäftsordnungspanne vom 4. März 1933, als der Reihe nach alle drei Präsidenten des Nationalrates zurücktraten, öffnete der Regierung den Weg zu einem „Staatsstreich auf Raten“. Dollfuß, so schrieb Auritis Nachfolger Gabriele Preziosi beinahe bewundernd, verstehe es, immer auf einen *geeigneten Vorwand* zu warten⁵⁰. Die Gelegenheit war so günstig, weil spätestens 1934 Neuwahlen fällig waren: Spätestens dann wären die Christlichsozialen in eine fatale Zwickmühle geraten zwischen den zwei kollektivistisch-antiklerikalen Blöcken der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten (die seit 1931 bei allen Regional- und Kommunalwahlen große Gewinne verzeichneten).

47 Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934, hrsg. von Walter GOLDINGER (Wien 1980), 148 (9.3.1933); vgl. auch SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus 109.

48 ASMAE, Affari Politici, Austria 1919–1930, Pacco 894/II (Heimwehren 1929/30) enthält einen Brief Heinrichs an Costamagna vom 5.9.1930, wo er sich über die Ausweisung von Steidles Stabschef Waldemar Pabst durch Schober beschwert, der just zu dem Zeitpunkt erfolgte, als Grandi seinen Wienbesuch absolvierte: *Die Verhaftung von M. Pabst vor den Augen des italienischen Außenministers hat in seinen objektiven Rückwirkungen zum Verschwinden der faschistischen Bewegung in Österreich beigetragen*. (Übers. d. Verf.). In einer beiliegenden Broschüre kritisierte Heinrich neben Schober außerdem auch Starhemberg.

49 DDI VII/12, 658 (15.12.1932).

50 DDI VII/14, 225 (24.9.1933).

Die Monarchie hatte in Krisensituationen einfach mit dem Notverordnungsparagrafen regiert. Die Regierung Dollfuß nahm eine Zeitlang ihre Zuflucht zu einem Relikt aus den letzten Jahren der Monarchie, dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz⁵¹. Um ihre Herrschaft auf eine dauerhafte Basis stellen, begann sie relativ bald Überlegungen hinsichtlich einer oktroyierten Verfassung anzustellen. Die Regierung bestand de facto aus einer Koalition von Christlichsozialen und Heimwehren. Als kleinster gemeinsamer Nenner für beide Partner gewann einmal mehr die berufsständische Ordnung an Bedeutung. Es ergab sich das Kuriosum: Weder Dollfuß noch Starhemberg waren je als besondere Anhänger dieser Idee hervorgetreten. Doch Dollfuß gab in seiner „Trabrennplatzrede“ am 11. September 1933 die Losung aus vom „christlich-deutschen Ständestaat mit autoritärer Führung“. Die Heimwehren gruben daraufhin das Korneuburger Gelöbnis wieder aus, um ihre älteren Rechte in punkto Ständestaat zu dokumentieren.

Um den Bruch mit der demokratischen Vergangenheit irreversibel zu machen, bemühte Starhemberg jetzt auch wieder häufiger das Vokabel Faschismus. *Der Begriff „Ständestaat“ ist uns zu unklar.* Er könne auch als trojanisches Pferd verstanden werden, als alter Wein in neuen Schläuchen, um dem bisherigen politischen Personal ein unbeschwertes Weiterleben zu garantieren. Deshalb rang Starhemberg zwei Wochen nach der Trabrennplatzrede bei einer Kundgebung im Konzerthaus um den umfassenderen Begriff: *Wenn wir das, was uns vorschwebt, in irgendeine allgemein verständliche Formel fassen wollen, glaube ich, ist kein anderer Ausdruck geeigneter als der: Wir wollen ein faschistischer Staat sein.* Es wäre falsch, sich vor dem Wort drücken zu wollen. Tags darauf brachte die Heimwehrpresse wohl nicht zufällig ein Interview mit Costamagna: Ohne Faschismus sei selbstverständlich auch kein Ständestaat möglich⁵². Dabei machte sich Italien selbst erst jetzt, im dreizehnten Jahr der faschistischen Herrschaft, an die Errichtung der Korporationen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer als „disziplinierte Wirtschaft“ unter staatlicher Aufsicht zusammenfassen sollten. Die christlichsoziale ‚Reichspost‘ interpretierte diese

51 Peter HUEMER, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich (Wien 1975); Hannes LEIDINGER, Verena MORITZ, Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG) vor dem Hintergrund der österreichischen Verfassungsentwicklung, in: Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes, hrsg. von Florian WENNINGER, Lucile DREIDEMY (Wien 2013) 449–470.

52 Österreichische Abend-Zeitung (28.9.1933) 2, (29.9.1933) 2, (13.11.1933) 3.

Entwicklung in ihrem Sinne: Nicht Österreich kopiere das italienische Vorbild, nein: Auch Italien beherzige inzwischen die Grundsätze von *Quadragesimo Anno*⁵³.

In einer zweiten Runde ging Starhemberg von der Berufung auf den faschistischen Staat ohne Wenn und Aber wiederum ein wenig ab: Die später berühmt-berüchtigt gewordene Formel, die er im Vorfeld der neuen Verfassung gebrauchte, lautete „Austro-Faschismus“⁵⁴, nämlich: die *Durchführung der faschistischen Ideenwelt in einer unserem Vaterland entsprechenden Weise*⁵⁵. Diese Einschränkung war einerseits eine Selbstverständlichkeit, andererseits ein Gummiparagraph, der sich beliebig interpretieren ließ. Die Verfassung selbst entwarf das Bild einer berufsständischen Ordnung, das seine Anleihen bei Spann nicht verleugnen konnte, aber nicht den Beifall des Meisters fand, der in einer vielbeachteten Kritik abfällig konterte: *Man machte aus dem Ständetum einen unheimlichen Fastnachtscherz. Gegen die geistigen Anleihen an meiner Lehre, die in der österreichischen Verfassung gemacht wurden, erhebe ich feierlich Einspruch. Man gedachte nicht, dass man Gedanken verstehen müsse, um sie erfolgreich zu entlehnen.*⁵⁶

Ob es sich bei den Bestimmungen der Mai-Verfassung 1934 jetzt um eine getreuliche Wiedergabe der Spann'schen Ideen handelte oder nicht, die Verfassung wurde nicht mit Leben erfüllt: Zwar waren die – zu einem Schattendasein verurteilten – gesetzgebenden Organe den Vertretern der Berufsstände (und der Länder) vorbehalten, wie es in Italien erst ab 1939 der Fall sein sollte, doch einschlägige Wahlen fanden keine statt, nicht einmal auf einer Einheitsliste. Die Abgeordneten wurden bis auf weiteres von der Regierung ernannt, im strikten Proporz zwischen Christlichsozialen und Heimwehr⁵⁷.

53 Reichspost (16.12.1933), „Auf dem Weg zur berufsständischen Reform“; GUERRI, Bottai 102 f.; Andreas FRAYDENEGG-MONZELLO, Volksstaat und Ständeordnung. Die Wirtschaftspolitik der steirischen Heimwehr 1927–1933 (Wien 2015) 207.

54 Vgl. zuletzt die Debatte über den Begriff „Austrofascismus“ im historicum, Neue Folge III–IV (2017).

55 WOHNOUT, Regierungsdiktatur 133.

56 WOHNOUT, Regierungsdiktatur 182; SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus 112. Spann versuchte 1933/34 gerade über Thyssen mit einem „Institut für Ständewesen“ in Düsseldorf Fuß zu fassen, wurde aber von SS und Deutscher Arbeitsfront aus dem Dritten Reich hinausgeekelt und warnte 1938 dann vor der *undeutschen religionsfeindlichen Haltung der zwei Narren Hitler und Rosenberg*; ebd. 145, 171, 177; HÖBELT, Heimwehren 397.

57 ASMAE, Rappresentanze diplomatiche, Vienna 1862–1938, busta 307, F 8 enthält unter dem 5.11.1934 (Bericht Nr. 4325/2284) eine präzise Aufstellung der Ernennungen in den

In Italien hatte der Staat den Korporativismus nicht aus seiner Kontrolle entlassen, solange bis Bottai schon davon sprach, für eine *geeignete Anwendung der Gewerkschafts- und Korporationsgesetze* bedürfe es einer Bewegung gegen den Staat, oder besser gesagt, gegen die *Bürokratenoligarchie*⁵⁸. Die österreichischen Theoretiker des Korporativismus hatten gegen die etatistische Komponente des italienischen Modells immer wieder ihre Bedenken angemeldet, aber in der Praxis blieb der österreichische „Ständestaat“ als „Kanzlerdiktatur“ noch viel mehr der zentralen Lenkung durch die Bürokratie verhaftet.

In dieser Hinsicht verfügte Italien jetzt tatsächlich über einen Vorsprung in puncto Korporativismus. Die schönen Paragraphen der österreichischen Verfassung von 1934 wurden nie in Kraft gesetzt. Die korporativen Organe blieben der syndikalistischen Ebene verhaftet, die Heinrich so kritisiert hatte: Einheitsgewerkschaft und Arbeitgeberverbände, wie im Italien der zwanziger Jahre. Die Phase des eigentlichen Korporativismus wurde auf die lange Bank geschoben. Als schüchterne Ansätze waren zunächst einmal gemeinsame Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geplant; der erste davon kam erst Ende 1937 zustande, kurz vor dem Ende des „Ständestaates“⁵⁹. Doch auch in Italien blieben die Kompetenzen der Korporationen, wie Bottai kritisierte, von dem *absurden Phänomen* charakterisiert: „norme cadute in disuso prima dell'uso“⁶⁰. Waren es in Italien die Komplexe der verstaatlichten Industrie (wie z.B. die IRI), die sich im Zeichen von Wirtschaftskrise und Abessinienkrieg über das Ritual des *corporativismo* hinwegsetzten, so stießen die österreichischen Ansätze in der „Finanzdiktatur“ des Nationalbankpräsidenten Viktor Kienböck auf einen übermächtigen Gegner⁶¹. Die

Staatsrat und den Bundestag nach Parteizugehörigkeit. So seien von 20 Mitgliedern des Bundestages acht Christlichsoziale, sechs Heimwehrleute, ein Legitimist und fünf Technokraten.

58 Giuseppe Bottai. *Diario 1935–1944*, hrsg. von Bruno GUERRI (Milano 1982) 77 (6.1.1936). (Übers. d. Verf.)

59 Margarethe GRANDNER, Kollektivverträge und berufsständische Ordnung, in: *Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung*. Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag, hrsg. von Emil BRIX, Thomas FRÖSCHL, Josef LEIDENFROST (Graz 1991) 177–201.

60 SANTOMASSIMO, Terza via 222.

61 Kienböck war ein Christlichsozialer und enger Mitarbeiter Seipels, verfolgte aber eine klassische „altliberale“ Finanzpolitik; seine Mutter kam aus einer jüdischen Familie.

Diktatur vertraute in beiden Fällen im Zweifelsfall den – mehr oder weniger a-politischen – Technokraten, nicht den Ideologen⁶².

Neustädter-Stürmer war der einzige Minister, dem das korporatistische System auch wirklich ein Anliegen war. Starhemberg als Führer der Heimwehren unterstützte ihn dabei kaum. Er gab einem Journalisten frohgemut zur Antwort, bis die geistigen Voraussetzungen für einen Ständestaat geschaffen würden, werde es wohl noch so seine zehn, fünfzehn Jahre dauern⁶³. Neustädter-Stürmer als Überzeugungstäter – und Gegner der orthodoxen Finanzpolitik der Regierung⁶⁴ – stellte ein gewisses Pendant zu Bottai in Italien dar, zu der „Cassandra del regime“, von dem man gesagt hat, *er sei derjenige, der die Theorien, aus denen der Faschismus seine Anfänge bezog, am besten kannte; wahrscheinlich war er der einzige, der ernsthaft daran glaubte*.⁶⁵ Bezeichnenderweise war Bottai von Mussolini nahezu ebenso desillusioniert wie Neustädter-Stürmer von Starhemberg, der ihn 1935 aus der Regierung entfernte⁶⁶.

Ein Jahr später schied freilich auch Starhemberg selbst aus der Regierung aus. Die Heimwehren zogen sich in eine semi-oppositionelle Stellung zurück. Schuschnigg steuerte in Richtung eines subkutanen Pluralismus. Der Auf- und Ausbau der berufsständische Ordnung in Österreich war rückläufig. Das Experiment blieb auf halbem Wege stecken. Zu einem „Ständestaat“, einem *neocorporativismo democratico*, in einem „bi-koloren“ Rahmen, entwickelte sich Österreich erst nach 1945. In einem gewissen Sinne traf auf die Alpenrepublik damit dasselbe zu wie auf Italien, vielleicht sogar in einem noch höheren Ausmaß: *Der „Korporativismus“ wird realisiert, wenn niemand mehr darüber spricht*⁶⁷.

62 Siegfried MATTL, Die Finanzdiktatur, in: Austrofaschismus. Politik, Ökonomie, Kultur 1933–1938, hrsg. von Emmerich TALOS, Wolfgang NEUGEBAUER (Wien 2005) 202–221; zu Italien vgl. MELIS, *Macchina imperfetta* 471 ff.; LUPO, *Fascismo* 382.

63 Heimatschützer (10.3.1934); WOHNOUT, Regierungsdiktatur 146.

64 Neustädter-Stürmer hatte sich – ebenso wie Bottai – positiv über den New Deal Roosevelts geäußert; zu den unorthodoxen Ansichten Neustädter-Stürmers vgl. Protokolle des Ministerrats der Ersten Republik, Abteilung IX: Kabinett Schuschnigg, hrsg. von Gertrude ENDERLE-BURCEL (Wien 1988–2013), Bd. 2: 15 (30.10.1934) 367 f., (22.3.1935) 431, (3.4.1935); Bd. 3: 85 (22.6.1935); GUERRI, Bottai 104.

65 GUERRI, Bottai 239 f. (Übers. d. Verf.)

66 Als erste biographische Skizze vgl. jüngst Roman GRÖGER, *Der Ständestaat: Odo Neustädter-Stürmer – Leben und Ideologie* (Horn 2017).

67 SANTOMASSIMO, *Terza via* 250. (Übers. d. Verf.)